

CO₂: Tricher un peu

"Les mesures pour réduire les émissions de gaz à effet de serre décidées par le gouvernement dans le cadre du plan d'action ne puisent en aucun cas dans le potentiel de réduction existant", conclut Roger Spautz de Greenpeace. Ainsi Greenpeace vient d'adresser une recommandation au Commissaire pour l'environnement de la Commission européenne de rejeter le Plan National d'Allocation de Quotas II. Le PNAQ II ne serait pas cohérent avec plusieurs réglementations européennes et internationales. Ainsi, d'après la directive 2003/87/CE, la qualité totale de quotas à allouer ne doit pas être supérieure à celle nécessaire à l'application des critères fixés par la directive. Par contre les quotas d'émissions du Luxembourg ont été alloués d'une manière très généreuse. La Directive définit également que les quantités de quotas doivent être cohérentes avec le potentiel, y compris le potentiel technologique, de réduction des émissions des activités couvertes par le système - ce qui ne serait pas le cas pour le Luxembourg. Ainsi Greenpeace regrette que le gouvernement luxembourgeois préfère acheter un maximum de "bons à polluer" à l'étranger pour atteindre son objectif de Kyoto au lieu de mettre en avant la réduction d'émission de CO₂ au niveau domestique.

Studenten in Seenot

Die Einführung von Studiengebühren in den umliegenden deutschen Bundesländern treibt die Studenten nach Rheinland-Pfalz. Davon profitiert auch die Uni Trier: Zum Semesterbeginn rechnet man dort mit einer Rekordzahl von mehr als 14.000 Studierenden. Weniger profitabel ist diese Entwicklung allerdings für die Studierenden selbst: "Die Universität ist weder räumlich noch personell in der Lage, diesem seit mehreren Jahren anhaltenden Ansturm gerecht zu werden", teilte die Bildungseinrichtung mit. Vorsorglich hat man deshalb die Anzahl der Fächer mit örtlichem Numerus Clausus gleich mal erhöht. Statt wie im vergangenen Jahr 1.246 werden in diesem Jahr 1.993 Studienplätze über ein Zulassungsverfahren vergeben. Dem stehen 6.189 Bewerber auf diese gebundenen Plätze gegenüber. Im Studiengang Medienwissenschaft etwa kommen auf jeden Studienplatz 23 Bewerber. Aber auch Fächer wie Jura oder Betriebswirtschaft sind laut der Uni Trier drei- bis vierfach überbucht. Das Hauen und Stechen an den deutschen Hochschulen kann also weitergehen. Denn zu einer Dynamisierung der Proteste gegen Studiengebühren und bundesdeutsche Bildungspolitik hat die aktuelle Entwicklung in Rheinland-Pfalz bisher nicht geführt. Lieber scheint man auf den höchsten Punkt des untergehenden Schiffes zu flüchten und zu warten, bis einem auch dort das Wasser bis zum Halse steht.

Bomben ohne Krieg

Im Schatten der Ereignisse im Nahen Osten hat sich die bereits seit 2004 wieder angespannte Situation in Sri Lanka dramatisch zugespitzt. Die Auseinandersetzung zwischen der srilankischen Regierung und der separatistischen tamilischen Guerilla "Befreiungstiger von Tamil Eelam" (LTTE) hat allein in der ersten Augustwoche mehr als 300 Menschen das Leben gekostet. In den vergangenen acht Tagen starben weitere 700 Aufständische sowie über 100 Soldaten. Die Lage war eskaliert, nachdem die LTTE ein Wasserreservoir unter ihre Kontrolle gebracht hatte, vermutlich um die vorwiegend singhalesische Bevölkerung und das damit verbundene Regierungsgebiet von der Versorgung abzuschneiden. Damit, analysieren außenstehende Militärexperten, wollte die Guerilla ihre Position für einen "bevorstehenden Krieg" verbessern. Von einem Krieg wollen beide Konfliktparteien zumindest in der aktuellen Situation noch nicht sprechen. Artilleriebeschuss und Luftschläge gegen Stellungen der LTTE seien reine Defensivmaßnahmen, sagte Präsident Rajapakse in einer Erklärung am Donnerstag. Die von den Befreiungstigern behauptete Bombardierung eines Waisenhauses, bei der 61 Mädchen getötet worden sein sollen, bezeichnete er unterdessen als "Propagandalüge". Der LTTE wiederum wird unter anderem die Ermordung von 17 Mitarbeitern einer französischen Hilfsorganisation vorgeworfen.

ATOMKRAFT

Bure und kein Ende in Sicht



Kundgebung gegen das geplante Endlager vor einem Versuchslabor der Nationalen Behörde zur Entsorgung von Atommüll im französischen Bure.
(Foto: Indymedia)

Während die deutschen Betreiber ihre AKWs als sicher erklären, warnen Kritiker, dass auch dort ein Kurzschluss zum Super-GAU führen kann. Die Folgen der Endlagerung seien ebenfalls kaum abschätzbar.

Auch wenn's in Schweden hapt: Deutsche Kernkraftwerke sind sicher - das zumindest ist das Ergebnis diverser Nachforschungen, die in Atomkraftwerken beim deutschen Nachbarn angestellt wurden. Der Störfall in Schweden lasse sich nicht auf die deutschen Anlagen übertragen, teilten am Dienstag vier deutsche Bundesländer mit Verweis auf unterschiedliche technische Details mit. Die Notstromaggregate am Standort Biblis hätten wesentlich stärkere Batterien, um notfalls anzuspringen, sagte beispielsweise Hessens Umweltminister Wilhelm Dietzel.

Doch diese Aussage dürfte all diejenigen aufhorchen lassen, die sich nicht nur dann für die Sicherheit in AKWs interessieren, wenn das Thema in den Medien omnipräsent ist. Denn gerade in Biblis hatte sich vor zwei Jahren ein Störfall ereignet, der durchaus Parallelen zum Zwischenfall in Schweden aufweist. Am 8. Februar 2004 führte ein wetterbedingter Kurzschluss außerhalb der Anlage dazu, dass es zum gefürchteten "Notstromfall" kam. Nach Einschätzung der atomkritischen Ärzteorganisation "Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW) kann auch in Deutschland ein Kurzschluss jederzeit zum Super-Gau führen. Selbst die atomenergie-freundliche Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) habe schon 1992 in einer Arbeit für das Bundesumweltministerium eindringlich vor Überspannungen gewarnt.

Konkurrenzdruck als Gefahrenquelle

"Hierbei handelt es sich um eine abstrakte, nicht lösbare Sicherheitslücke", sagt Henrik Paulitz, Atomexperte der IPPNW gegenüber der woxx. Jederzeit könne etwas Unvorhergesehenes passieren, dessen Folgen nicht absehbar seien. "Deshalb ist auch die Fragestellung der deutschen Behörden nach dem Störfall in Schweden falsch", so Paulitz. Man habe den Zwischenfall aus Forsmark eins zu eins auf die deutschen Kraftwerke übertragen und die Folgen davon abgeschätzt, anstatt die wahre Unfall-

ursache zu untersuchen. "Es ist höchst unwahrscheinlich, dass sich ein Störfall exakt reproduziert", sagt Henrik Paulitz und fordert einen grundlegenden Check der Anlagen, sowie eine Veröffentlichung der bekannten Defizite. Denn daran, dass den Behörden durchaus Mängel bekannt sind, zweifelt Paulitz nicht.

"Wir kennen entsprechende Gutachten", so der Experte, "allerdings kümmert sich niemand um diese Sicherheitslücken." Der Grund für Unzulänglichkeiten liege auch in der Liberalisierung der Energiemärkte und dem anschließend gestiegenen Konkurrenzdruck. "Die Jahresrevisionen werden unter enormem Zeitdruck durchgeführt", erklärt Paulitz, "Beschäftigte klagen über Montagefehler." IPPNW veröffentlichte vergangene Woche eine ganze Liste von Störfällen, die sich abseits des öffentlichen Interesses an deutschen AKWs ereigneten. Auch in Schweden führt man den Zwischenfall mittlerweile auf einen Wartungsfehler zurück.

Neben dem Störfall in Skandinavien wurde dieser Tage noch durch ein weiteres Thema die Gefahr, die von AKWs ausgeht, deutlich. Dabei handelt es sich um das wahrscheinlich größte Problem, vor das die Nutzung von Kernenergie die Menschheit stellt: der atomare Müll. Im lothringischen Bure überprüft man gerade, ob sich der Standort für ein Endlager eignet. Laut der "Stop-Bure-Gruppe" und der "Aktion 3.Welt Saar" werden dort seit 1999 Erkundungsbohrungen durchgeführt.

Ende Juli trafen sich in Bure AtomkraftgegnerInnen aus Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz und Luxemburg und vereinbarten eine intensivere Zusammenarbeit. Es sei kurios, so Ingrid Röder von Aktion 3. Welt Saar, dass das Thema Bure bei den Treffen der Großregion Lothringen-Luxemburg-Saarland-Rheinlandpfalz keine Rolle spiele. "Das Thema wird nicht öffentlich diskutiert", so Ingrid Röder, "dabei gibt es durchaus konkrete Bedenken gegenüber diesem Standort." Es sei umstritten, dass die in Bure vorhandene Lehm-Tonschicht für ein solches Lager geeignet sei.

Die Luxemburger Regierung halte sich durchaus auf dem Laufenden und pflege regelmäßigen Kontakt zu den französischen Kollegen, schreibt Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des DP-Abgeordneten Claude Meisch zum Thema Bure. Ein unabhängiger Experte habe ein Gutachten im Auftrag der Regierung erstellt. Daraus gehe hervor, dass "les scénarios de cheminements des eaux entre Bure et le Luxembourg ne sont, à ce stade, pas impossibles, mais selon l'expert peu probables". Im schlimmsten Falle schätze dieser Experte die Zeit, die das Wasser brauche, um nach Luxemburg zu gelangen, auf mehrere Hunderttausend Jahre.

Bündnis gegen Endlager Bure

"Was wirklich passiert, ist nur schwer vorhersehbar", findet jedoch Ingrid Röder. Die Diskussion um ein Endlager könne ohnehin erst dann ernsthaft geführt werden, wenn ein Ende der Nutzung von Kernenergie in Sicht sei. In der Nähe des in Deutschland geplanten Zwischenlagers Gorleben kam es indessen im Herbst 2004 und im Sommer 2005 zu leichten Erdbeben. "Das zeigt, dass uns auch die kurzfristigen Folgen der Atommüll-Lagerung beschäftigen sollten", sagt Henrik Paulitz von IPPNW.

Das Bündnis gegen den Standort Bure wolle seine Arbeit deshalb auch nicht auf den Standort in Lothringen begrenzen. Diskutiert wurde in Bure auch über die militärische Nutzung von Atomkraft und damit über den Fall des Iran. In dieser Frage tritt das Lager der AtomkraftgegnerInnen und der Friedensbewegten nicht immer geschlossen auf. Mitte Juni organisierte etwa die bereits erwähnte Organisation "Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW) eine symbolische Inspektion der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau durch eine Iranerin. "Atomwaffen abschaffen - auch in Deutschland" - so die Message.

Auch in Deutschland existierten Anlagen, das Material und das Wissen, um innerhalb von etwa drei Monaten Atomwaffen herzustellen. Also stellt IPPNW die Frage: "Wenn Deutschland sich nicht an den Atomwaffensperrvertrag hält und eine Urananreicherung betreibt, warum sollte der Iran oder andere Staaten darauf verzichten, zumal sie im Vertrag erlaubt ist?" Zwar seien die menschenverachtenden Aktivitäten des autoritären iranischen Regimes und speziell seine Drohungen gegenüber Israel nicht tolerierbar, diese rechtfertigten aber keinen Krieg gegen den Iran.

Die Frage nach der Vergleichbarkeit der deutschen und der iranischen Regierung beantwortet Paulitz so: "Deutschland hat seine Atomtechnik in den Iran exportiert, Iran galt einmal als befreundetes Land - die Einteilung in gute und böse Länder funktioniert eben nicht."

Ganz so pauschal will es Ingrid Röder nicht sehen: "Wir sind auch generell gegen Urananreicherung. Ganz speziell sprechen wir dieses Recht jedoch einem Staat ab, der zur Vernichtung Israels aufruft."

Daniële Weber